



An den
Bürgermeister der Stadt Rheinbach
Herrn Stefan Raetz
Schweigelstrasse 23
53359 Rheinbach

Joachim Schollmeyer
Meisenweg 16
53359 Rheinbach
Mitglied des Rates der Stadt Rheinbach

den 11. März 2017

Antrag Papierlose Ratsarbeit

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
bitte setzen Sie den nachfolgende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Rheinbach.

Antrag:

Laut einer Untersuchung der Umweltorganisation Robin Wood, die Zahlen des Verbands Deutscher Papierfabriken ausgewertet hat, liegt der Papierverbrauch in Deutschland bei 258 kg pro Kopf. Damit hat Deutschland seinen Verbrauch gegenüber 2014 um 2,8% erhöht und steht hinter Belgien/Luxemburg an zweiter Stelle weltweit. Auch das Umweltbundesamt bezeichnet die BRD als Spitzenreiter beim Papierverbrauch, dessen Konsum an Papier den der Kontinente Afrika und Südamerika zusammen übertrifft. Und weiter heißt es: „Darunter ist **nicht wenig** aus Behörden und Verwaltungen!“ Neben dem Papierverbrauch fallen zudem erheblich Portokosten an. Außerdem binden sowohl die Kopierarbeit als auch das Frankieren personelle Ressourcen.

Um diesem Trend entgegenzuwirken und Kosten einzusparen sowie gleichzeitig ein deutliches Signal zu setzen, stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den nachfolgenden Antrag:

Die Verwaltung möge ein Modell zur Einführung einer papiersparenden Vorgehensweise bei der Verteilung von Unterlagen für Rat- und Ausschusssitzungen erarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorlegen. Dazu sind beispielhaft nachfolgende Schritte in Betracht zu ziehen:

1. Die Einführung der papierlosen Ratsarbeit z. B. mit der von civitec bereitgestellten App *Mandatos*.
2. Gewährleisten der erforderlichen technischen Voraussetzungen und Zurverfügungstellen eines zweckgebundenen Sockelbetrags zum Kauf eines privaten Geräts für jedes Ratsmitglied, das kein privates Gerät nutzt.
3. Vorgabe von Mindeststandards für die Ausstattung und technischen Voraussetzungen der Tablets.
4. Entsprechende Anpassung der Geschäftsordnung des Rates bzgl. der papierlosen Ratsarbeit. Dabei soll die Zustellung von Einladungen und Vorlagen in Papierform als Ausnahme möglich sein. Dies ist schriftlich zu beantragen für diejenigen, die kein Tablet nutzen.
5. Durchführung von Schulungsmaßnahmen bzw. Informationsveranstaltungen zur Nutzung der verwendeten Software.

Begründung:

Zahlreiche Kommunen in NRW sind bereits auf die papierlose Ratsarbeit umgestiegen, u. a. die Rheinbacher Nachbargemeinden Meckenheim und Wachtberg. Jedoch gibt es in diesen Kommunen unterschiedliche Modelle und auch unterschiedliche Ansätze bzgl. der Finanzierung der verwendeten Software. Sie reichen von einem Zuschuss aus dem Haushalt über abzurechnende Fraktionsgelder für die Anschaffung geeigneter Tablets und individuelle Ausdrucke zusätzlich zur Verwendung einer App wie *Mandatos* oder *More-Rubin* bis hin zu Kauf bzw. Miete von elektronischen Geräten bestimmter Hersteller mit geeigneten Betriebssystemen, die den Ratsmitgliedern für die Zeit ihrer Tätigkeit in Rat und Ausschüssen leihweise zur Verfügung gestellt werden. Dementsprechend soll die Verwaltung ein für die in Rheinbach vorhandene Infrastruktur und Software sowie die im Zuge der Umstellung anfallenden Kosten ein passendes Modell konzipieren.

Z. B. stellt die civitec hierzu die App *Mandatos* zur Verfügung und in Rheinbach selbst sind mit dem WLAN in Rathaus und Ratssaal sowie dem Ratsinformationssystem *Session* die ergänzend benötigte Infrastruktur und Software vorhanden, um mit elektronische Unterlagen für die Sitzungen von Rat und Ausschüssen einzusehen und zu bearbeiten. Dies sind wesentliche Voraussetzungen, um auch hier auf papierlose Rats- und Ausschussarbeit umzustellen. Damit dies baldmöglichst in die Praxis umgesetzt werden kann, sollen die Fraktionen durch transparente und akzeptierte unterstützende Maßnahmen dazu angeregt werden, diesen Weg in einem sinnvollen Zeitrahmen umfassend zu gehen. Die Umstellung soll allerdings auf freiwilliger Basis erfolgen, da nicht allen Ratsmitgliedern und Sachkundigen Bürgerinnen/ Bürgern der Umgang mit elektronischen Medien liegt und deshalb allen freigestellt werden soll, ob sie diese mediale Technik sofort benutzen. Ziel sollte es aber sein, bis zu einem vorgegebenen Termin die Verteilung von Unterlagen in Papierform auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren.

Mit freundlichen Grüßen



Joachim Schollmeyer (Fraktionssprecher)